



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politischer Monatsbericht.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

„Und wo künftig wir dem Schönen
 Huldigen im Liedeston
 Laß auch jeder deutsche Sohn
 Deutschland hoch im Lied ertönen.“

Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, Ende Juli.

Wenn wir es nicht schon seit lange gewußt hätten, — die letzten Wochen würden uns darüber belehrt haben, daß es in Preußen keine wahrhaft conservative Partei, keine Vertreterin der historisch-conservativen Schule giebt. Jahr aus und Jahr ein hat die Kreuzzeitung über den Mangel historischen Sinns bei den Liberalen, über die Nivellirungs-, Centralisirungs- und Uniformirungsgelüste demokratischer Kreisrichter geklagt, ihre feudale Anhängerschaft für die einzige Vertreterin geschichtlicher Provinzial- und Lokaleigenthümlichkeiten, begründeter Sonderrechte und organischer Entwicklungen ausgegeben, und das Glück gerühmt, Männer dieser Richtung an der Spitze der Regierung zu sehen. Nichtsdestoweniger ist im letzten Monate eine Reihe Destroyirungen auf Unkosten „historisch gewordener Eigenthümlichkeiten“ und „wohlerworbener Rechte“ vollzogen worden, ohne daß die conservative Partei auch nur einen Finger geregt hätte, um die aus ihrem Schooße hervorgegangene Regierung vor Maßregeln zu warnen, die der nationalen Sache am Vorabend neuer Wahlen unsäglichen Schaden gethan und den Einfluß der particularistischen Opposition entschieden gekräftigt haben. Nicht die Träger der historischen Schule und des lokalen Selfgovernment, die Organe des „nivellirenden“ Liberalismus sind es gewesen, welche in Sachen der Ueberweisung des ehemals kurhessischen Landesvermögens an die Generalstaatskasse zu Berlin für „wohlerworbene“ Rechte eintraten, bezüglich der Destroyirung der preussischen Gerichts- und Proceßordnung vor unnützer Uniformitätssucht warnten und auf die Nothwendigkeit hinwiesen, die althessischen Stände als Vertreter der specialen und lokalen Interessen dieses Landes beizubehalten. Fragen dieser Art ausschließlich nach ihrer juristischen

Seite, wie Probleme des abstracten Staatsrechts behandeln und ohne jede Rücksicht auf ihre historische Bedeutung und politische Wirkung nach der Schablone lösen — das heißt sicher weder „conservative“, noch „große“, sondern lediglich bürokratische Politik treiben und über den nächsten kleinen Zwecken die ferneren großen Ziele vergessen und außer Augen setzen.

Die Einfügung der neu annectirten Provinzen in den preussischen Staat ist sicher nicht anders als auf Kosten lokaler Annehmlichkeiten und Gewohnheiten möglich und kann ohne Opfer nicht durchgeführt werden. Das Maß dieser Opfer möglichst herabzudrücken und fürs Erste lieber auf eine Uniformität zu verzichten, als diese auf Kosten der Gesundheit des Staatskörpers zu erkaufen, wird aber ebenso durch die Rücksicht auf den gegenwärtigen preussischen, wie durch das Interesse des künftigen deutschen Staats gefordert. Je größer und ausgedehnter Preußen wird, desto näher liegt diesem Staate die Gefahr des Uebercentralisirens, die durch die bürokratische Organisation desselben bereits indicirt und zu deren Verminderung seit Menschengedenken nichts geschehen ist. Auf dem Wege der Centralisation und Nivellirung provinzieller Verschiedenheit mindestens nicht weiter zu gehen, wird aber im gegenwärtigen Augenblick und angesichts der seit dem Sommer 1866 geschaffenen Situation besonders nothwendig sein.

Es ist noch nicht vier Wochen her, daß die norddeutsche Bundesverfassung in Kraft getreten und schon hat sich bei verschiedenen Kleinstaaten des Bundes das Bedürfniß, oder richtiger gesagt die Nothwendigkeit eines engeren Anschlusses, eines wenigstens theilweisen Aufgehens in den preussischen Großstaat geltend gemacht. Dem Beispiel Waldeck's werden in einer nicht allzufernen Zukunft wahrscheinlich die thüringischen und andere Bundesländer folgen müssen. Diesen Proceß zu erleichtern und möglichst viel Raum zu schaffen für die einzelnen Provinzialindividualitäten ist ein Gebot der einfachsten Nützlichkeitspolitik, das noch geschärft wird durch die Rücksicht auf den Süden, der ohnehin geneigt ist, die Deroirung eines großen bürokratischen Apparats für die unmittelbare Folge jeder Annäherung an Preußen zu halten. Ob und in wie weit Deroirungen wie die in Kurhessen beliebten dazu beitragen werden, moralische Eroberungen zu machen und Eroberungen anderer Art zu erleichtern und zu consolidiren, braucht nicht erst untersucht zu werden. Es bleibt uns vielmehr allein übrig die Hoffnung auszusprechen, die verspätete Eingabe der ehemals kurhessischen Stände werde wenigstens nachträglich ihre Wirkung thun und jener Maßnahme, durch welche die Regierung sich die einflußreichsten und besten ihrer liberalen Anhänger in den neuen Provinzen am entschiedensten entfremdet hat, die Spitze abbrechen. Erwarten läßt sich ferner, die eben gemachten Erfahrungen würden der für Hannover noch bevorstehenden Reorganisationsarbeit zu Gute kommen und den Einfluß dessen und derer stärken, die

von der nothwendigen Einheit des Staatsorganismus freiere Vorstellungen haben, als die Grafen Eulenburg und zur Lippe.

Von der Rührigkeit, mit welcher Radicale und Particularisten aus den letzten Oetroyirungsacten der preussischen Regierung Capital geschlagen haben, um laut zu verkünden, die preussische Politik sei bereits in eine Sackgasse gerannt, in welcher sie umkommen muß, — von dieser legt jedes neue Zeitungsblatt vollgiltiges Zeugniß ab. Was noch zu thun übrig blieb, um neues Holz in das Feuer kleinstaatlichen und demokratischen Hasses gegen die Regierung zu werfen, hat aber die Devolvirung des zweyten Processus an das Oberappellationsgericht reichlich gethan. — Was das Justizministerium sich unter unklugen und unnützen Gehässigkeiten dieser Art denkt, welche Früchte es sich von der Verfolgung von Männern verspricht, welche die Hauptstütze des Regierungseinflusses bilden, das ist nachgrade zu einem Räthsel geworden, für welches Jesz nur eine Auflösung giebt: Quos vult perdere dementat. Freilich hilft diese Auflösung über die Schwierigkeiten der augenblicklichen Situation nicht hinaus und daß diese Schwierigkeiten von der bedenklichsten Art sind, dafür möchten wir unter anderem das Zeugniß der Kölnischen Zeitung anführen, der man Pessimismus und Uebelwollen gegen die Regierung schwerlich vorwerfen wird und die es doch für nothwendig gehalten hat, die Aufmerksamkeit des Grafen Bismarck auf die Hindernisse hinzulenken, die seiner Politik durch das System bereitet würden, dem seine Collegen in inneren Fragen folgten. Die in Kurhessen begangenen Mißgriffe sind weder irreparabel noch handelt es sich bei denselben um entscheidende Fragen ersten Ranges. Unsere gegenwärtige Lage ist aber gleichfalls von der Art, daß es nicht erst großer Fehler bedarf, um sie zu einer unhaltbaren zu machen. Hat es doch die Natur der kleinstaatlichen Verhältnisse, in welchen unsere Generation aufgewachsen ist, mit sich gebracht, daß die öffentliche Meinung ihr Urtheil nicht sowohl danach bildet, wie in Fragen von weltgeschichtlicher Bedeutung, sondern wie in den Provinzial- und Detailangelegenheiten verfahren wird, über welche auch der Mittelmann Bescheid weiß und an welchen sein Herz vorzugsweise hängt. Das Wachthum der politischen Weisheit des Volks hält mit dem seiner Zwecke nur sehr mühsam Schritt und grade in Deutschland wird es noch lange dauern, ehe man darüber hinaus kommt, sein Urtheil über ein politisches System nach andern wie Lokalkriterien zu bilden.

Die Wahlen zum nächsten Reichstage stehen so nahe bevor, daß man bei jedem Ereigniß nach der Wirkung fragt, welche dasselbe auf die Stimmung der Wähler ausüben wird. Die Aussichten sind nach den letzten Erfahrungen für die preussische Regierung aber eben so schlimm, wie für die nationalliberale Partei. Es liegt die Annahme nahe, — und die Haltung verschiedener Parteiorgane und Parteimänner bestätigt sie bereits — die Nationalliberalen würden durch

möglichst scharfe Betonung der Fragen, in welchen sie mit der Regierung nicht zusammengehen, auf die Wähler zu wirken suchen. Dieses Verfahren wird sich indessen nur sehr bedingungsweise empfehlen. Es wird vielmehr nothwendig sein, mit allem Nachdruck und aller Energie an dem Bekenntniß festzuhalten, daß das Ziel der nationalen Einigung auf dem Boden der gegebenen Bundesverfassung über alle andern Ziele geht und nicht davon abhängig gemacht werden kann, ob es theuer oder wohlfeil erkauft wird. Lassen wir uns durch die Mißgriffe der Regierung, welche die Trägerin der preussischen Politik ist, an dieser Politik und an dem preussischen Staat auch nur für einen Augenblick irre machen, so zeigen wir damit ein Mißtrauen gegen uns selbst, das zunächst uns selbst Schaden thut. Nur wenn wir uns selbst vertrauen, vertrauen uns auch die „andern Seelen“ und die Geschichte des preussischen Staats hat es mehr wie ein Mal bewiesen, daß derselbe mehr Lebenskraft und Gesundheit einzusetzen hat als jeder andere deutsche Staat, mag dessen Regierung noch so viel Vorzüge aufzuweisen gehabt haben. Der Muth der Ueberzeugung ist das erste Erforderniß einer lebenskräftigen Partei und dieser wird im gegebenen Zeitpunkt mit besonderem Nachdruck gefordert werden.

Ernst und sorgenvoll war die Lage schon vor zwei Monaten und trotz des Abschlusses der Zollconvention mit dem Süden hat sie sich inzwischen nicht gebessert. Wie sich nicht anders erwarten ließ, ist der Nachgiebigkeit, welche Bayern und Württemberg in der Zollangelegenheit bewiesen haben, eine gewisse Reaction zu Gunsten ultramontaner und particularistischer Einflüsse zeitweise gefolgt. Nachdem die Leute durch die Verständigung mit Preußen ihre materiellen Interessen in Sicherheit gebracht haben, glauben sie zeigen zu müssen, daß sie nicht minder selbständig und selbstvertrauend wie zuvor seien und triumphirend verkündet der Stuttgarter Beobachter bereits, die Aera der Demüthigungen für den Süden habe ihr Ende erreicht und von weiteren „Concessionen“ an Preußen könne (wie der König dem Kaiser Napoleon höchstselbst versichert habe) nicht die Rede sein. Aufrichtig genug mag diese patriotische Versicherung gemeint gewesen sein, durch die Thatfachen wird sie dennoch Lügen gestraft. Wenn auch auf die neulich verkündete Constituirung einer süddeutschen Nationalpartei einstweilen noch kein Gewicht zu legen ist, so viel steht fest, daß die Zunahme der Antipathien gegen Preußen, die Schwaben und Bayern weder selbständiger noch einiger gemacht hat und daß von der Bildung eines Südbundes jetzt ebensowenig die Rede ist, wie im vorigen Herbst. Die Rathlosigkeit der Führer jener verschiedenen Volks- und Particularparteien, die jenseit des Main ihr Spiel treiben, ist vielmehr bei allem Wechsel der Verhältnisse, vor, während und nach Luxemburg dieselbe geblieben. Für Preußen ist durch die Rathlosigkeit des Südens zwar nichts verloren, zunächst aber auch noch nichts gewonnen und jenes „wir können warten“, mit dem man sich seiner Zeit bei uns tröstete, kann heute in

München und Stuttgart ebensogut, — vielleicht sogar mit größerem Recht, wie in Berlin wiederholt werden, d. h. das Provisorium ist für Preußen mindestens ebenso unbequem wie für den Süden, weil es die freie Action hindert, deren wir ganz besonders bedürfen.

Die Ueberzeugung, die Gewitterwolke, welche sich in Frankreich zusammenzieht, werde zunächst auf Preußen entladen werden, spielt in der Zurückhaltung der süddeutschen Höfe die Hauptrolle; schon vor Jahresfrist hatten die münchener historisch-politischen Blätter gerathen, den Zeitpunkt eines preußisch-französischen Zusammenstoßes abzuwarten, denn dieser sei der geeignetste, „damit wir in Berlin günstige Bedingungen bekommen“. Diese Eventualität wird von den Particularisten diesseits des Main ebenso eifrig und in noch frivolerer Weise in Rechnung gezogen wie von denen jenseit des deutschen Rubikon und alles was zu Oestreich hält läßt sich jetzt mit besonderm Eifer angelegen sein, die Gerüchte von einer französisch-italienisch-österreichischen Alliance und einem dieser entgegenstehenden russisch-preußischen Bündniß zu colportiren, um an dasselbe Hoffnungen einer neuen Lösung der deutschen Frage im „volksthümlich-föderativen Sinne“ zu knüpfen und dem gemäß vor jeder Compromittirung durch preußenfreundliche Wahlen zu warnen. Als Dritte in dem demokratisch-particularistischen Bunde gegen die Regierung sind neuerdings die Polen aufgetreten, die zu eifriger Betheiligung an der Wahlschlacht rüsten.

Einen heilsamen Gegendruck auf die Gemüther aller derer, die es in ihrer Parteiverblendung noch nicht bis zum Vaterlandsverrath gebracht haben, muß aber die Wendung ausüben, welche die Dinge in Frankreich genommen haben. Ist die Reise Franz Josefs nach Paris auch so gut wie aufgegeben und hat sich der franzosenfreundliche Eifer der Wiener auch wäh end der letzten zwei Wochen wieder gelegt, so liegen die Gedanken an eine kriegerische Explosion der französischen Gewitterschwüle doch näher als jemals. Emil Ollivier hat im gesetzgebenden Körper das entscheidende Wort gesprochen, als er behauptete, nur ein auswärtiger Krieg oder eine liberale innere Reform vermöchten dem zweiten Kaiserreich aus der unhaltbaren Position zu helfen, in welche es gerathen ist. Die herbe Antwort, welche der Kaiser der tiers-Partei durch den an Rouher gerichteten Brief ertheilt hat, zeigt deutlich, nach welcher Seite die napoleonische Wagschale neigt und es läßt sich nicht läugnen, daß die Verweigerung von Concessionen an Ollivier und Latour-Dumoulinsche Ansprüche im imperialistischen Sinne durchaus gerechtfertigt ist. Durch ein Ministerium dieser Partei würde das Kaiserreich sicher nichts gewinnen. Auch abgesehen davon, daß die Reactivirung Drouyns die nothwendige Folge einer Schwenkung nach dieser Seite wäre, die Verschlimmerung der Beziehungen zu Preußen also doch mit in den Kauf genommen werden müßte, würde eine Ollivier-Latoursche Regierung die inneren Bedrängnisse des Empire nicht auf die Dauer bessern.

Nur die Abneigung der Massen gegen das herrschende System giebt den Angriffen dieser Männer Gewicht, populär sind dieselben mindestens ebensowenig wie Rouher, Duruy oder der Marquis Demoustier und die Opposition der Favre, Glais-Bizoin und Thiers würde durch sie nicht entwaffnet, sondern nur verstärkt und ermutigt werden. Daß in Fragen der großen Politik und der Beziehungen zu Deutschland die verschiedenen oppositionellen Fractionen gleich schlecht berathen seien, hat sich bei Gelegenheit der letzten Debatte über die deutschen Verhältnisse schlagend genug gezeigt und es bleibt eigentlich gar keine Möglichkeit auf dem Gebiete der innern französischen Politik übrig, die noch Aussichten auf einen dauernden Frieden böte. Da ist es denn erklärlich genug, daß der Kaiser seine alten Berather behält, mögen dieselben in der öffentlichen Meinung auch noch so discreditirt sein. Jeder Tag scheint die Katastrophe zu beschleunigen: den Niederlagen, welche Rouher in der Debatte über Mexiko erlitten, ist der entwürdigende Duruy-Cassagnac-Scandal so rasch gefolgt, daß sich die besangenen Imperialisten dem Eindruck der Rath- und Creditlosigkeit des kaiserlichen Cabinets nicht mehr entziehen können. Von den Auskunfts Mitteln zur Ableitung der öffentlichen Theilnahme, an denen der dritte Napoleon sonst unerschöpflich zu sein schien, will keines mehr versagen; weder hat der Besuch des Sultans einen dauernden Effect zu machen vermocht, noch ist das Wiedererscheinen Victor Hugos oder die endlich auch vom Senat genehmigte Abschaffung der Schuldhaft besonders beachtet worden. Seit der Besuch des österreichischen Kaisers aufgegeben ist, werden die nach Paris gepilgerten Könige von Portugal, Bayern und Württemberg kaum mehr bemerkt und über alle übrigen Eindrücke behalten die die Oberhand, welche von dem Verblaffen des kaiserlichen Sterns herrühren. Die napoleonische Politik hat sich für die Franzosen so untrennbar mit den preussischen Erfolgen in Deutschland identificirt, daß das Sturmlaufen auf die eine mit Angriffen auf die anderen zusammenfällt und daß ein pariser Blatt die Unabhängigkeit seiner Gesinnung kaum noch besser documentiren kann, als durch Declamationen gegen die deutsche Vormacht und den Grafen Bismarck. Mit einer Kurzsichtigkeit und Befangenheit, welche selbst in Deutschland ihres Gleichen sucht, werden die inneren deutschen Fragen nicht nach der Bedeutung, welche sie für sich selbst, sondern ausschließlich darnach beurtheilt, ob sie von Rücksicht auf Frankreich zeugen oder nicht. In diesem Sinne weiß die Revue des deux mondes von dem Abkommen in der Zollangelegenheit weiter nichts zu sagen, als daß dieselbe ebensowenig von einem Frankreich schuldigen „ménagement“ zeuge, wie die preussische Behandlung der nordschleswigschen Grenzregulirung! Was würde Herr Forcade wohl dazu sagen, wenn man in Berlin den gleichen Maßstab an die Behandlung französischer Interessen legte? Genährt wird dieser Groll gegen den preussischen Premier übrigens durch die Ueberzeugung, daß dieser in Florenz noch immer ein Wort mitzureden hat und

daß Frankreich durch den Sturz Ricafolis und die Wiedereinsetzung Rattazzis in den Besitz seines früheren italienischen Einflusses nicht wieder gelangt ist. „Cette indolente et subtile Italie“ heißt es von diesem Staat, für dessen Lobpreisung dem Organ der liberalen Bourgeoisie noch jüngst die nöthigen Kraftausdrücke ausgingen. — Frankreichs Stellung zur orientalischen Frage scheint weder durch den Besuch des Zaren noch den des Sultans verändert worden zu sein und bei der Zurückhaltung, die England beobachtet, ist es begreiflich, daß der Kaiser den russischen Vorschlag zum Erlaß einer neuen Dringlichkeitsnote wegen Candia nicht angenommen hat.

Indessen Frankreich mit seinen innern Nöthen, England mit seiner endlich an das Oberhaus gelangten Reformbill beschäftigt ist, nehmen der russische Einfluß im Orient und das russische Drängen nach einer Entscheidung über denselben unaufhältlich zu. Zwar scheint das petersburger Cabinet nach wie vor nur mit inneren Fragen beschäftigt zu sein, aber die Behandlung, welche diese erfahren, lassen durchsehen, daß dem nordischen Großstaat daran gelegen ist, möglichst viel Mittel für eine freie Action in Händen zu haben.

Die neue Bahn, welche die russische Wirthschaftspolitik seit dem Beginn dieses Jahres eingeschlagen hat, involviret einen so bedeutenden Fortschritt, daß sie die Aufmerksamkeit des Westens in größerem Maß verdient, als sie ihr bisher zu Theil geworden. Die Regierung bemüht sich nämlich, die Masse der auf ihr ruhenden Verwaltungsgeschäfte zu vermindern und den Staat von der Sorge für eine Anzahl Unternehmungen zu befreien, die dieser bisher zu seinem Schaden auf eigene Rechnung betrieb. Anfang Januar ordnete ein kaiserlicher Ukas den Verkauf des größten Theils der zum Domainengut gehörigen Bauerhöfe und die Auflösung der bezüglichlichen Verwaltungsstellen an, die nur in den nichtrussischen Provinzen, in denen das Domanium ein Hebel des Regierungseinflusses ist, beibehalten wurden. Dieser Maßregel folgte der Verkauf der russischen Besitzungen in Amerika, der von der nationalen Partei übrigens ebenso ungerne gesehen wurde, wie die einige Monate später beschlossene Veräußerung der moskau-petersburger Eisenbahn. Neuerdings hat die Regierung sich entschlossen, auch ihre Berg- und Hüttenwerke in private Hände übergehen zu lassen, da die Erträge derselben, Dank der staatlichen Verwaltung, seit Jahrzehnten nicht mehr zunehmen. Diese Maßregeln sind in mehrfacher Beziehung von großer Wichtigkeit. Einmal ist es Thatsache, daß die russische Regierung eine unglückliche industrielle Unternehmerin ist und zweitens brachte es die Ueberlastung der Centralverwaltung durch diese Unternehmungen mit sich, daß eine wirkliche Controlle der einzelnen Administrationsbranchen kaum möglich war. Während im westlichen Europa den einzelnen Functionen des staatlichen Organismus entsprechende Ströme privater Thätigkeit parallel laufen, um fördernd und anregend auf sie einzuwirken, der Advocat dem Richter, der große Industrielle dem Verwaltungsbeamten, der Privatgelehrte dem Repräsentanten der Staatsbildungsanstalten so zu sagen Concurrrenz auf geistigem Gebiet macht, ist es in Rußland die Regierung und immer wieder die Regierung, von der alle Thätigkeit ausgeht und erwartet wird; es liegt darum auf der Hand, daß die Zuweisung einzelner Thätigkeitszweige an private Unternehmer seit lange nothwendig war und von großem Nutzen sein muß. Sehr viel wichtiger ist es aber noch, daß diese Veräußerungen das Maß der disponiblen Mittel wenigstens zeitweise beträchtlich erhöhen und nöthigen Falls auch zu auswärtigen Actionen verwandt werden können. So lange die Finanzverwaltung nicht gründlich umgestaltet wird, haben diese Ausfunftsmittel allerdings einen bloß palliativen Charakter. Man tröstet sich in Rußland gewöhnlich damit, daß die Entfesselung der nationalen Productions-

kräfte schließlich auch den Staatsfinanzen zu Gute kommen müsse, überfieht dabei aber, daß das Staats- und Volksvermögen verschiedene Dinge sind, die nur mittelbar auf einander wirken. Allerdings sind im abgelaufenen Monate nicht weniger als drei neue Eisenbahnen (Riga-Mitau, Mitau-Libau und Rowno-Schaulen-Libau) allein in den Westprovinzen concessionirt und verschiedene Bahnstrecken im Innern des Reichs (unter diesen die wichtige Linie Tiraspol-Bjälä) dem Verkehr übergeben worden, — wie weit Rußland aber noch von einer gesunden Finanzpolitik entfernt ist, hat sich durch die gleichzeitige Emission von 25 Millionen Papiergeld (angeblich zu Handelszwecken gegen bei der Bank deponirte Schatzbons) und durch das zähe Festhalten an dem protectionistischen Zolltarif bewiesen. Die vielbesprochene Revision desselben, zu welcher dieses Mal die Theilnahme der Handelskammern der wichtigsten Plätze erbeten worden ist, geschieht eingeständener Maßen in protectionistischem Sinne und die neuerdings aus Petersburg gemeldete Entlassung des Finanzministers von Neutern, der durch den General Greigh ersetzt werden soll, hat keineswegs die Bedeutung, welche ihr von der berliner Geschäftswelt zugeschrieben wird. War Herr v. Neutern nicht Fachmann, so ist es der General Greigh, ein ehemaliger Gardeoffizier, der im vorigen Sommer aus der Marine in die Finanzverwaltung trat, noch sehr viel weniger und die Versicherung, derselbe sei ein „Vertrauensmann“ der russischen Börsen und Finanzkreise, ist gradezu aus der Luft gegriffen. Wenn der bisherige Finanzminister Rußlands wenig beliebt war, so rührte die Unpopularität desselben weniger von den zahlreichen unglücklichen Unternehmungen desselben, wie von gewissen freihändlerischen Neigungen her, die ihm von den moskauer Protectionisten nachgesagt wurden. Trotz der harten Schläge, welche das russische Finanzwesen seit den letzten vier Jahren erfahren hat und welche den Wechselkurs wiederholt (z. B. während des vorigen Sommers und beim Beginn des luxemburger Handels) bis zu 35 Procent unter Pari herabdrückten, ist die öffentliche Meinung übrigens noch immer sehr viel lebhafter mit Problemen des nationalen Ehrgeizes beschäftigt, als mit wirtschaftlichen und finanziellen Fragen. Durchblättert man die russischen Journale der letzten Wochen, so findet man, daß nicht von diesen, sondern nur von äußern und innern Eroberungen die Rede ist. Die (durch die Aufhebung des warschauer Administrationsrechts nahezu vollendete) Assimilation Polens, die Russifizierung Litthauens und der neuerdings demselben Loos gewidmeten Ostseeprovinzen Liv-, Est- und Kurland, die Eroberungen in Buchara und die orientalische Frage sind unausgesetzt auf der Tagesordnung und werden immer wieder der öffentlichen Aufmerksamkeit empfohlen. Hat die Moskauer Zeitung, das allmächtige Hauptorgan der Nationalpartei, in einer Nummer nachgewiesen, daß Rußland noch vor seinen letzten Siegen bei Samarkand um eine Million turkestanischer Unterthanen und eine jährliche Einnahme von 611,700 Rubel S. reicher geworden sei, so deducirt sie in ihrem nächsten Leitartikel, daß neben dem Machtzuwachs im Osten der im Westen (und die orientalische Frage ist vom moskauer Standpunkte aus eine occidentale) nicht vergessen werden dürfe. Grade während der letzten Tage hat die Agitation zu Gunsten eines energischen Einschreitens gegen die Pforte und für die Candidaten einen besondern Aufschwung genommen. „Für Frankreich,“ so heißt es in einer der letzten Nummern des moskauer Blattes, „ist die orientalische Frage immer nur ein Mittel zum Zweck gewesen, seine Stellung zu den Dingen im Orient hängt von andern Combinationen ab und kann durch diese stets verändert werden, während für Rußland alle übrigen europäischen Fragen nur in soweit eine Bedeutung haben, als sie auf die orientalische einwirken. Unsere Ziele im Orient können durch dieselbe

niemals und unter keinen Umständen verändert werden.“ Nach einer ausführlichen Auseinandersetzung darüber, daß Frankreich bisher nur der Schleppträger der britischen Politik im Orient gewesen sei und gut thun würde, rechtzeitig zu einer Verständigung mit Rußland einzuliegen, heißt es a. a. O. weiter zum Schluß: „Niemals waren die Auspicien für die russische Politik so günstige wie in diesem Augenblick, niemals hat Rußland eine so volle Freiheit des Handelns besessen und so wenig eines Bundesgenossen bedurft. Darum darf kein Augenblick der kostbaren, nur allzu rasch verrinnenden Zeit verloren werden. Europa ist zerspalten und Rußland hat einen Bundesgenossen, dessen Interessen mit denen seiner eigenen Politik solidarisch verbunden sind, auf den es sicher zählen kann. Dieser Bundesgenosse ist die uns blutsverwandte Bevölkerung des Ostens“ u. s. w.

Zu der „Blutsverwandtschaft“ Rußlands gehören bekanntlich nicht nur die türkischen Slawen, sondern auch die russischen Bewohner des östlichen Galizien, unter denen die Bewegung zu Gunsten eines Anschlusses an Rußland täglich wächst. Die Angabe österreichischer Blätter, daß mit Rücksicht auf diese Agitation ein russisches Armeecorps an der galizischen Grenze concentrirt werde, trägt den Stempel der Unwahrscheinlichkeit an der Stirn. Wegen einer Frucht, die nur zu reifen braucht, um Rußland in den Schooß zu fallen, wird dieses nicht zum Schwert greifen und aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Periode der Reife gleichzeitig in der Türkei und in Galizien eintreten und die Erhebung des byzantinischen Kreuzes am Bosphorus ihre Schatten bis an die Karpathen hinwerfen.

„Die politischen Fehler Oestreichs“, so lautet die Ueberschrift eines in dem neuesten Heft der Münchner histor.-polit. Blätter veröffentlichten Vortrags, den ein badischer Ultramontaner im April d. J. zu Freiburg gehalten. Ganz richtig wird darauf hingewiesen, daß das wiener Cabinet seit 1849 zweien Aufgaben gleichzeitig nachgegangen sei, die einander stets im Wege gestanden, die Ordnung der innern Verhältnisse und die Befestigung seines deutschen Einflusses, der mit jenen doch immer ohne rechten Zusammenhang geblieben. Trotz des Wechsels der Verhältnisse ist das der Hauptsache nach so geblieben. Die ungeheure Anstrengung, mit welcher man dem Reichstage immer neue reformatorische Gesetze vorlegt und Discussionen über Ministerverantwortlichkeit, über ein neues Strafgesetz, über Abschaffung der Todesstrafe u. s. w. herbeiführt, sie war ebenso auf eine Wirkung in Deutschland, wie auf eine Wiedergeburt des inneren Staatslebens berechnet. In der Hauptsache, die zu thun war, um einen großen moralischen Effect auf die großdeutschen Freunde draußen im Reich auszuüben, in der Concordatsangelegenheit, ist man aus Gründen der innern, specifisch österreichischen Politik, d. h. aus Rücksicht auf den Klerus, der nicht zum Aeußersten gebracht werden durfte, doch wieder einem entschiedenen Handeln aus dem Wege gegangen, ob man gleich wissen konnte, daß damit der beste Theil der neuen Errungenschaften aufs Spiel gesetzt werde. — Auch seiner traditionellen Neigung, dem vorgesteckten* Ziele auf dem entferntesten und schwierigsten Wege nachzugehen, ist das wiener Cabinet in der Neuzeit treu geblieben: der gefürchtete Einfluß Rußlands wird in Preußen, der Panlawismus durch Fehden gegen das Kleindeutsche Programm bekämpft. Es macht einen gradezu drastischen Eindruck, dem Eifer zuzusehen, mit welchem die wiener Officialen gegen die angeblich panslawistischen Neigungen der gouvernementalen preussischen Blätter zu Felde ziehen; während man sich einbildet, auf diese Weise zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, schlägt man doch in Wahrheit keine von beiden. Aber auch innerhalb Oestreichs selbst

wird, wie wir bereits neulich nachgewiesen haben, die panslawistische Gefahr da bekämpft, wo sie am wenigsten zu fürchten ist. Wichtiger als alle Umtriebe in Galizien, alle revolutionären Manifestationen des „Slowo“, des „Bajan“ und der übrigen Organe des Rutenenthums werden von der wiener Regierung die kindischen Demonstrationen jener prager Studenten genommen, welche in Petersburg um die Errichtung einer „panslawistischen“ Universität petitionirt haben. Ob diejenigen, welche das Gespenst einer solchen universitas nicht litterarum, sondern linguarum fürchten, sich wohl ein deutliches Bild von der Beschaffenheit desselben gemacht und die Frage vorgelegt haben, was Rußland dazu bewegen sollte den Mittelpunkt der panslawistischen Agitation nach Warschau zu verlegen und den polnischen Unabhängigkeitsgelüsten die Möglichkeit zu bieten, bei den übrigen slawischen Stämmen Propaganda zu Gunsten der königlichen Republik zu machen und mit den revolutionären Elementen der gesammten slawischen Welt Bruderschaft zu schließen? Es wäre nicht sowohl Oestreich, als Rußland selbst, dem aus einer warschauer Panslawistenuniversität Gefahren erwachsen würden. Daß man sich nichtsdestoweniger in Wien gemäßiget gesehen hat, gegen die prager Studenten, welche die Adresse wegen der slawischen Zukunftsuniversität nach Petersburg gesandt, strafrechtlich zu verfahren, ist dem Eindruck zuzuschreiben, den der moskauer Congreß den k. k. Staatsmännern denoch gemacht hat.

So haben die abgelaufenen Juliwochen allenthalben die bereits vorhandene Verwirrung der Verhältnisse und der Gemüther gesteigert und die Gegensätze zugespitzt. Während man im deutschen Norden mißtrauisch über den Rhein blickt und eines Ausbruchs der französischen Eifersucht gegen das aufstrebende Preußen gewärtig ist, sind es in Wien vorzugsweise die Gefahren aus Osten, die man zu fürchten Grund hat. Gleich blind gegen die Eventualitäten, die von beiden Seiten hereinbrechen können, ist aber der große deutsche Particularismus, der nicht müde wird, in Deutschland gegen Preußen zu wühlen und von Oestreich, das all seine Kräfte zusammenehmen muß, um sich im Osten den Rücken zu decken, das Heil für die kleinstaatlich deutsche Politik zu erwarten. Den Souveränitätsgelüsten der einzelnen Fürsten und Stämme zu Liebe sollen die beiden Großstaaten der europäischen Mitte ihren natürlichen Aufgaben entfremdet werden! Ein Unterschied ist freilich da: während Oestreich die Reminiscenzen seiner deutschen Rolle von ehemals nicht los werden kann, immer wieder nach Westen herüberschießt und deshalb keinem deutlich bezeichneten Ziele der Zukunft nachgeht, weiß Preußen sehr genau, was es zu thun hat und geht es, trotz mannigfacher Fehltritte im Einzelnen, doch den richtigen Weg. Wer ihm auf diesem Wege nicht folgen will, der kommt schließlich doch nur in Wien an.

Berichtigungen:

In der vorigen Nummer S. 86, Z. 6 v. u. muß es statt: apostolischen, „nachapostolischen“, S. 93 statt: Friedenapostel, „Heidenapostel“ heißen.

Verantwortliche Redacteurs: **Gustav Freytag** u. **Julius Eckardt**.

Verlag von **F. L. Herbig**. — Druck von **Hüffel & Legler** in Leipzig.